

Schwarzwald-Wacht

Nationalsozialistische Tageszeitung
Salwer Tagblatt



Alleiniges Amtsblatt für Stadt und
Oberamtsbezirk Calw

Nr. 285

Verlag der Schwarzwald-Wacht G. m. b. H. Calw, Verantwortliche
Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele, für den Anzeigenteil:
Georg Wülfel, Kreisleiter, Geschäftsstelle Calw (Altes Postamt),
Helmstraße 25, Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw.

Mittwoch, 6. Dezember 1933

Bezugspreis: Monatlich RM. 1,50 durch Träger, bei Postweg zusätz-
lich Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die kleinste Anzeile 6 Pf.
Retragende 20 Pf. Bei Wiederholungs-Nachsch. Ermäßigungen für keine
Zeile Calw. Für richtige Wiedergabe von durch Ferndruck aufgenommenen
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

1. Jahrgang

Die Ziele der deutschen Rassenschutzgesetze

Reichsinnenminister Dr. Frick zur Rassenfrage

— Berlin, 6. Dez. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, empfing einen Vertreter des **W. V.**, der ihn bat, sich angesichts der Beunruhigung, die in manchen Ländern des Fernen Ostens über die Pläne der Reichsregierung in der Rassenfrage entstanden sind, über diese zu äußern. Dr. Frick erklärte daraufhin:

Infolge unrichtiger Meldungen ist in Ländern des Fernen Ostens in den letzten Wochen in der Tat eine gewisse Beunruhigung über die Pläne der Reichsregierung in der Rassenfrage entstanden. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang in der Presse Japans und Indiens die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß in Deutschland die Absicht bestehe, die Angehörigen fremder Rassen zu diskreditieren und sie gegenüber den Angehörigen der eigenen Rasse allgemein zurückzusetzen. Namens der Reichsregierung kann ich feststellen, daß derartige Nachrichten jeglicher Grundlage entbehren.

Die nationalsozialistische Rassengesetzgebung geht von dem Gedanken aus, daß die **Reinerhaltung der Rasse** für die Zukunft des deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung ist. Entsprechende Gedanken sind auch in den Bestrebungen anderer Völker, insbesondere Ostiens, zum Ausdruck gekommen. Als fremde Rasse ist in Deutschland am stärksten das **Judentum** vertreten. Obwohl der zahlenmäßige Anteil der Juden in Deutschland nur 1,5 v. H. beträgt, hatten sie doch in den letzten Jahrzehnten, besonders aber seit 1918, durch den Zustrom von Juden aus dem Nahen Osten einen ungeheuren Einfluß auf wirtschaftlichem, finanziellen, kulturellem und politischem Gebiet erlangt. Um nur einige Beispiele zu nennen, möchte ich auch bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte in Preußen allein 3515 von insgesamt 11 814, d. h. 29,8 v. H. betrug. Bei den Notaren waren 1945 Juden von insgesamt 6226, das sind 31,2 v. H. Noch stärker war dieser

Einfluß auf allen deutschen Hochschulen, in deren Lehrkörper die Juden durchschnittlich mit 30 v. H. vertreten waren. In den medizinischen Fakultäten der Universitäten in Berlin und Breslau waren es sogar 45 v. H. Dieser übermäßigen Ueberfremdung Einhalt zu tun, war für das deutsche Volk eine Lebensfrage geworden, so daß seine Rassengesetzgebung nur einen Akt der Notwehr und nicht des Hasses darstellt.

Darüber hinaus ist es das Ziel der Reichsregierung, das **Rassengut des deutschen Volkes zu pflegen und seine Reinerhaltung sicherzustellen**. Mit diesen Bestrebungen will die Reichsregierung in keiner Weise ein Werturteil über andere Rassen fällen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß viele vom deutschen Volk rassistisch verschiedene Völker eine alte und hohe Kultur veriterten. Diese herabzusetzen, liegt der Reichsregierung und dem deutschen Volke fern. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß Angehörige fremder Staaten in Deutschland nach wie vor ihrem Erwerb nachgehen können und daß ihrer Jugend deutsche Bildungsanstalten nach wie vor offenstehen.

Es kann nicht wundernehmen, daß bei der großen Bedeutung, die die Rassenfrage für die Zukunft unseres Volkes hat, und bei der leidenschaftlichen Anteilnahme, die die Bevölkerung diesen Dingen entgegenbringt, von den verschiedensten Seiten Anregungen und Wünsche wegen gesetzgeberischer Regelung des gesamten Rassenproblems, u. a. auch zur Frage der **mischblütigen Ehen**, an die Reichsregierung herangetragen werden. Wenn daraufhin im Auslande alarmierende Gerüchte über die deutsche Rassengesetzgebung verbreitet werden, so handelt es sich um Irrtümer oder absichtliche Entstellungen. Es werden dabei bestehende Vorschriften unrichtig ausgelegt oder bloße Anregungen, vielfach unter Verdrehung ihres wahren Sinnes, als schon vollzogene oder nahe bevorstehende Tatsachen behandelt.

Der Stabschef über die Gliederung der SA

Aufstellung der SA-Reserve II — SA-Männer gehören nicht in politische Klubs

München, 6. Dez. Der Chef des Stabes erklärt folgende Bekanntmachung über die Gliederung der gesamten SA:

„Die gesamte SA gliedert sich in Zukunft gemäß meiner Verfügung vom 6. 12. 1933 in SA. (einschließlich SA.), SA-Reserve I und SA-Reserve II.

Mit der Führung der SA-Reserve II habe ich den Oberst a. D. Reinhardt beauftragt.

Die SA-Reserve II umfaßt im allgemeinen die Angehörigen über 45 Jahre aller Verbände wie **Kyffhäuserbund, Offiziers- und Regimentsvereine, Waffeninge, Marine- und Kolonialverbände** und dergleichen, soweit deren Angehörige nicht schon in die SA. oder SA-Reserve I eingegliedert sind. **Bundes- und Vereinsleben** und die damit zusammenhängenden Einrichtungen bleiben unberührt.

Die vorgenannten Bünde, Vereine usw. werden ersucht, baldigst mit dem Führer der SA-Reserve II, Oberstlandesführer Reinhardt, Berlin W. 57, Bülowstraße 103, in Verbindung zu treten und ihn bei der Aufstellung der SA-Reserve II weitgehend zu unterstützen.“

Eine weitere Verfügung des Stabschefs befragt: Der Chef des Stabes verbietet durch neuerliche Verfügung allen Angehörigen der SA., SA. und SA. die Zugehörigkeit zu irgendwelchen Klubs oder ähnlichen Vereinigungen, die sich nach der nationalsozialistischen Revolution nun auffallenderweise wieder gebildet haben in dem offensichtlichen Bestreben, alte politische Beziehungen wieder aufzunehmen und wachzuhalten.

Es widerspricht dem Sinn und Geist der Volksgemeinschaft, sich in kleinen Sondergruppen, die meist der alten Standesabspaltung entsprechen, abzusondern. Der SA-Mann findet die wahre und uneigennütige Kameradschaft in seiner Einheit und erlebt dort die Volkswerdung. Auch ein Bedürfnis nach politischer Belehrung von Seiten solcher Klubs muß verneint werden. Für diese Aufgaben sind ausschließlich die Gliederungen der NSDAP, da, die heute weniger denn je eine Befruchtung von privater Seite brauchen.

All diese Zusammenschlüsse wollen vielfach nur durch „persönliche Beziehungen“ mühelos erschleichen, was der eheliche Kämpfer in der Schule der SA. hart erwerben muß. Für die Führer aber sind solche außerdienstliche Zugehörigkeiten in vielen Fällen ein Hemmnis bei der pflichtgemäßen dienstlichen Entscheidung.

Die Abmeldung aus den genannten Klubs und gesellschaftlichen Vereinigungen muß bis 31. Dezember 1933 vollzogen sein.

Flaggenverbot des Reichspropagandaministeriums

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Es ist zu beobachten, daß an Privathäusern die nationalen Flaggen vielfach ohne jeden besonderen Anlaß gezeigt werden, daß sie an den Tagen, an denen eine allgemeine Beflaggung stattfindet, nachts nicht wieder eingezogen werden und oft sogar Tage und Wochen lang hängen bleiben. Um dieser die Bedeutung der Flaggen und die Würde der nationalen Symbole beeinträchtigenden Unsitte zu steuern, wird darauf hingewiesen, daß Flaggen nur an den Tagen gezeigt werden dürfen, an denen aus besonderen Anlässen die Beflaggung von Privathäusern von behördlicher Seite als angebracht und erwünscht bezeichnet oder von parteiamtlicher Seite angeordnet worden ist. Die Flaggen müssen an diesen Tagen möglichst frühzeitig gehisst werden und sind mit Sonnenuntergang wieder einzuziehen.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht statthaft ist, die **Hakenkreuzflagge** und die **schwarz-weiße rote Flagge**, die beide nebeneinander bestehen, in irgendeiner Form zu vereinigen.

Keine Feststellung der Nichtwähler

M. Berlin, 6. Dez. Der Reichsminister des Innern hat den Landesregierungen folgenden Rundschreiben zu gehen lassen:

„Von verschiedenen Seiten ist angeregt worden, die **Stimmberechtigten** Personen festzustellen, die am 12. November mit Absicht der Wahlurne ferngeblieben sind. Angesichts der Tatsache, daß das deutsche Volk sich am 12. November mit einer überwältigenden Mehrheit zu seinem Führer Adolf Hitler und den von der Reichsregierung verfolgten Zielen bekannt hat, erscheint mir eine nachträgliche Feststellung der Nichtwähler als eine **kleinliche und unnötige Maßnahme**. Das Gleiche gilt hinsichtlich der mehrfach vorgeschlagenen Feststellung der Personen, die sich einen **Stimmschein** haben ausstellen lassen und trotzdem von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Mögen alle diese Personen wie die „Rein“-Sager es mit sich selbst abmachen, daß sie sich am **Schicksalstage** der deutschen Nation **benutzt** außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt haben.

Ich bitte darauf hinzuwirken, daß jede Maßnahme, die auf eine Feststellung der Nichtwähler oder „Rein“-Sager hinausläuft, unterbleibt. Die Reichsleitung der NSDAP habe ich verständigt.

Tages-Spiegel

Reichskanzler Hitler ist gestern vormittag im Flugzeug von München kommend, nach Berlin zurückgekehrt. Die **Landung** gestaltete sich infolge Bodennebelz schwierig.

Der Reichspräsident hat den evangelischen Feldprobst des Heeres und der Marine, D. Schlegel, die Amtsbezeichnung „**Evangelischer Feldbischof der Wehrmacht**“ verliehen.

Der Ansturm zur Deutschen Arbeitsfront hält in allen Ecken des Reiches unvermindert an.

In Berlin haben gestern die informativischen Besprechungen mit Vertretern der ausländischen Gläubiger lang- und mittelfristiger Kredite in der Reichsbank begonnen.

Reichsminister Dr. Frick hat einem Pressevertreter gegenüber erklärt, daß die Pläne der Reichsregierung in der Rassenfrage nicht die Absicht verfolgten, Angehörige fremder Rassen zurückzusetzen.

Es wird geplant, in allen deutschen Schulen ein **Schulmischsprüchlein** einzuführen. Von den 3/4 Millionen Schüler würden etwa 1 Million davon erfaßt werden. Der Jahresverbrauch würde ungefähr 55 Millionen Liter betragen.

Die österreichische Bischofskonferenz hat beschlossen, daß **Geistliche** sich nicht mehr politisch betätigen dürfen. Bis zum 15. Dezember haben alle geistlichen Mandatäre ihre Ämter abzugeben.

Wie sich Litwinow italienischen Pressevertretern gegenüber äußerte, trägt er sich mit dem Gedanken, kurze Besuche in **Wien und Berlin** zu machen.

Die Londoner Zeitung „Manchester Guardian“ tritt für die **Borverlegung** der Volksabstimmung an der Saar auf das Jahr 1934 ein.

Die englische Regierung hat dem irischen Präsidenten de Valera auf seine Anfrage, was England bei einer **Abtrennung** Irlands unternehmen werde, ausweichend geantwortet.

In Dolonor wurde die **Selbständigkeit** der Westmongolei ausgerufen. Dort hat sich eine Regierung gebildet, die jede Beziehung zu China, besonders zu Peking, abgebrochen hat. Durch eine Erklärung von Präsident Roosevelt ist gestern nachmittag das **Alkoholverbot** in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgehoben worden.

Auf der **Wojel** und der **Oberelbe** mußte infolge des **Freibeises** der Schiffsverkehr eingestellt werden. Aus Nordbulgarien wurden 32 Gr. Kälte gemeldet.

Italien fordert Völkerbundsreform

— Rom, 6. Dez. Der große faschistische Rat hat betr. das Verhältnis Italiens zum Völkerbund und die Kriegsschulden an Amerika folgende Entschlüsse gefaßt:

Der große faschistische Rat beschließt nach Besprechung der Lage, das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund von einer **grundlegenden (radikalen) Reform** dieses Organismus abhängig zu machen, die in kürzester Frist zu vollziehen ist und den Völkerbund in seinem **Ansehen**, in seiner Funktion und in seinen Zielen zu betreffen hat.

Zur **Kriegsschuldenfrage** erklärt der große faschistische Rat, daß Italien angesichts des neuen Termins vom 15. Dezember als Zeichen seines guten Willens eine **Million Dollar** zahlen wird in der Erwartung, daß nunmehr eine endgültige Regelung dieses **Soll- und Haben-Kontos**, das aus dem Kriege stammt, abgeschlossen wird.

Henderson in Paris

Keine Änderung des französischen Standpunktes

— Paris, 6. Dez. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, sprach am Quai d'Orsay vor, um Paul-Boncour über den Stand der Arbeiten der technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz zu unterrichten und sich seinerseits über die bisherigen diplomatischen Verhandlungen, die in der Abrüstungsfrage geführt wurden, zu informieren. In einer Mitteilung der Staatsagentur wird erklärt, daß der französische Standpunkt bisher keinerlei **Änderung** erfahren habe.

Alkoholverbot in USA aufgehoben

M. Washington, 6. Dez. Präsident Roosevelt erklärte gestern amtlich, daß das **amerikanische Alkoholverbot** am 13.55 Uhr Newyorker Zeit aufgehoben sei. Durch diese formelle Erklärung werden vier Millionen, die insgesamt 227 Mill. Dollar ergeben sollten, außer Kraft gesetzt. Roosevelts Erklärung erfolgte, nachdem der Staat Utah als 36. Staat um 16.45 Uhr Newyorker Zeit (22.45 Uhr MEZ) für die **Ab Abschaffung** der Prohibition gestimmt hatte. Damit war die Entscheidung über das Ende der Prohibition in den **Vereinigten Staaten** gefallen.

Dr. Schacht über die deutsche Auslandsverschuldung

Reichsbankpräsident Dr. Schacht äußerte sich in einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten George Silvester Viereck über die deutsche Auslandsverschuldung. Er führte aus: Deutschland sei einig in dem Wunsche, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und über die Tatsache bedrückt, daß der Dienst für die privaten Schulden zurzeit nicht voll funktioniere. Es gehe aber nicht an, eine moralische Auffassung vom Schuldner zu verlangen, ohne sich der Unmoral zu erinnern, die gegen Deutschland begangen sei. Deutschland sei gezwungen worden, große private Schulden zu kontrahieren, um seine politischen Schulden bezahlen zu können. Dr. Schacht habe schon seit zehn Jahren vor übermäßigen Krediten an Deutschland gewarnt und immer wieder die deutschen Geschäftsleute von einer Inanspruchnahme ausländischer Kredite abzuhalten versucht. Besonders habe er auf den unausbleiblichen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftsgebäudes unter der Last der ausländischen Anleihen hingewiesen. Seine Warnungen seien aber ungehört verhallt.

Trotz allem siehe das deutsche Volk auf dem Standpunkt, daß die Schulden bezahlt werden müßten. Allgemein sei aber anerkannt worden, daß Deutschland seine Schulden nur mit Warenlieferungen bezahlen könne, was aber durch die Handelspolitik der Gläubigerländer verhindert werde. Die Abtragung der Zollmanern und der Gütertausch von Land zu Land würde es allen Nationen ermöglichen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und dazu beitragen, die Staaten von den wirtschaftlichen Hemmnissen zu befreien.

Bergewaltigung des Volkswillens in der Tschchei

Den Sudetendeutschen werden neue Mandatare aufgezwungen

In Durchführung des Gesetzes über die Auflösung der NSDAP sind im Sudetenland mehrere tausend Gemeinde- und Bezirksvertretungsmitglieder zu ernennen. An Stelle der nationalsozialistischen Mandatare werden Angehörige der Wirtschaftspartei (Liberalen) und deutsche Sozialdemokraten ernannt werden, darunter in einer Reihe von Städten, die sich von einem Drittel bis zu mehr als der Hälfte der Einwohner zur NSDAP bekannt haben. In Karlsbad erhielten die 8 nationalsozialistischen Mandatare durchwegs Sozialdemokraten. Und das nennt Herr Benesch „Demokratie“!

8500 Verhaftungen in Rußland

Verschwörung gegen Stalin aufgedeckt

Der Korrespondent des „Daily Express“ in Reval meldet, daß die russische Geheimpolizei eine umfangreiche Verschwörung aufgedeckt habe. Es sei geplant gewesen, Stalins Haus und andere wichtige Sowjetregierungsgebäude in die Luft zu sprengen. Im ganzen seien 8500 Personen verhaftet worden, darunter 1000 Regierungsbeamte, Soldaten und Offiziere. Alle Verhafteten gehörten zu einer geheimen terroristischen Gruppe, die in den letzten drei Monaten vier Munitionslager in die Luft gesprengt hatte. Die letzte Explosion ereignete sich im Munitionslager von Blagowestschensk in Sibirien.

Politische Kurzmeldungen

Zum stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes hat der Reichsminister des Innern den Generalinspekteur des Sanitätswesens der SA und SS, Sanitäts-Oberrgruppenführer Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Hoch-eisen, einen Württemberger, ernannt. — Der Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Bischof Hoffen-felder, beabsichtigt die Reichsleitung umzubilden. — Der Leiter der Kruppischen Werke und Führer des Reichsstandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Hal-bach, hat die Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront erworben. — Das deutsch-polnische Zollprovisorium, nach dem für die Dauer der deutsch-polnischen Wirtschaftsver-handlungen die niedrigeren Sätze des neuen polnischen Zoll-tarifs auf deutsch Waren Anwendung findet, wurde zum 8. Male, und zwar bis 15. Dezember, verlängert. — Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Behauptung des „Manchester Guardian“ vom 1. Dezember, daß am 1. Jan. die Arbeitsdienstpflicht in Deutschland eingeführt wird, ent-spricht nicht den Tatsachen. — Der Rohisenmarkt belebt sich nicht nur durch Abnahme im Inland, sondern auch durch erhöhte Ausfuhr. Die Maßnahmen der Regierung be-wirkten eine beachtliche Besserung des Beschäftigungsgrades. — Ein Bestechungsfall von unglaublichem Umfang ist bei der Minimax-AG. aufgedeckt worden. Die Firma hat bis 1. April 1932 hundertfünfzig Verwaltungsbeamte bestochen, um Aufträge zu erhalten. Zwei Beamte haben sich der Straf-verfolgung durch Selbstmord entzogen. — Die Bauernorgani-sationen im Saargebiet haben einstimmig den Beschluß ge-faßt, künftig alle Meinungsverschiedenheiten auszuschalten und sich unter Aufgabe ihrer Selbständigkeit zur „Bauern-schaft der Saar“ zusammenzuschließen. — In Reunirung (Saargebiet) wurde in der Stadtratsitzung, in der sich die Deutsche Front konstituierte, beschlossen, den Reichspräsidenten und den Reichszentraler zu Ehrenbürgern der Stadt zu ernennen. — Die österreichische Regierung plant eine um-fassende Weihnachtsamnestie, in welche auch politische Häft-linge einbezogen werden sollen. — In Wien wurde der frühere Gauleiter der NSDAP, Frauenfeld, verhaftet. Er soll ein Flugblatt herausgegeben haben, das seine Fest-nahme bewirkte. — Vor einem Kaffee in Innsbruck fanden nicht weniger als 8 politische Zusammenkünfte zwischen Heim-wehrleuten und Nationalsozialisten statt, worauf das Kaffee-haus beschlösslich geschlossen wurde. — In Warschau wurde von der politischen Polizei das jüdische Spital als kommuni-stische Zelle entlarvt. Neun Ärzte und 46 Angestellte, aus-nahmslos Juden, wurden verhaftet. — In der Ukraine wurde eine antibolschewistische Bewegung aufgedeckt.

Die englisch-irische Krise

Irland will selbständig werden

In London fand eine Sonder Sitzung des englischen Ka-binets statt, in der über die englisch-irische Krise beraten wurde. Der Minister für die Dominien, Thomas, wird auf Grund der gefaßten Beschlüsse auf eine Note de Valeras antworten, in der dieser angefragt haben soll, welche Hal-tung Großbritannien einnehmen wird, wenn die irische Re-publik ausgerufen werde. Die englische Kabinett-Sitzung dauerte zwei Stunden. Sämtliche Minister waren anwesend. Dominienminister Thomas wird die Antwort im Unterhaus verlesen.

Politische Kreise nehmen an, daß in der englischen Ant-wort zwar die Tür für einen friedlichen Ausgleich offen ge-halten wird, daß aber die Ausrufung einer irischen Republik unter gleichzeitiger Beibehaltung der Rechte Irlands als Mitglied des englischen Weltreiches für unannehmbar er-klärt wird. Irland würde damit alle Rechte als Mitglied des britischen Weltreiches und den englischen Markt ver-lieren.

Die Stellungnahme des irischen Ministerpräsidenten wird durch seine letzte Rede in Mallow unterstrichen, wo er er-klärte: „Der englische Markt hat in Zukunft keinen Wert mehr für den irischen Bauern. Irlands einzige Hoffnung auf Wohlstand liegt in der vollständigen politischen und wirt-schaftlichen Unabhängigkeit.“ — Aus Dublin wird über-einstimmend berichtet, daß die sofortige oder einstweilige Ausrufung der Republik nicht geplant ist. Es scheint de Va-lera zunächst darauf anzukommen, einen englischen Freibrief zu erhalten, um seine Stellung in Irland selbst zu festigen.

Zu einem Konflikt mit der Londoner Regierung dürfte es zunächst wohl nicht kommen. Nur in einer Frage scheint die englische Regierung zu energischen Schritten bereit zu sein, wenn nämlich de Valera weitere Anstrengungen macht, das Gebiet von Nordirland (Ulster) in den irischen Freistaat einzubeziehen. Die Wahlen von vergangener Woche haben der gegenwärtigen Regierungsmehrheit von Nordir-land einen großen Erfolg gebracht. Zugleich ist aber auch de Valera in einem nordirischen Wahlkreis mit überwälti-gender Mehrheit gewählt worden. Dieser Wahl des irischen Ministerpräsidenten zum Parlamentsmitglied von Nordir-land kommt nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung zu. Sie darf als äußeres Anzeichen dafür gewertet werden, daß de Valera seine Einigungspläne ernsthaft weiterbetreiben wird. Die Londoner Regierung läßt aber keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie alle diese Pläne auf das schärfste mißbilligt und daß die Regierung von Nordirland englischen Schutzes sicher sein kann.

Litwinow in Rom

Der russische Außenkommissar Litwinow hat während seines Aufenthaltes in Rom eine längere herzliche Aus-sprache mit Mussolini gehabt und ist vom König von Italien empfangen worden. Ueber seine Unterredung mit Mussolini verlautet amtlich: Mussolini und Litwinow sprachen über die internationalen politischen Fragen, besonders über die, die ihre beiden Länder unmittelbar betreffen. Sie erwogen die Möglichkeiten einer Verbesserung der allge-meinen politischen Lage im Geiste des kürzlich abgeschlossenen italienisch-sowjetrussischen Freundschaftsvertrages, wobei sie übereinkamen, diesen Vertrag baldigst in Kraft zu setzen. — Der römische Sonderberichterstatter der Pariser „Infor-mation“ glaubt zu wissen, daß die Abrüstungsfrage das Hauptgespräch gebildet habe. Ferner habe man sich mit der Verbesserung der italienisch-russischen Handelsbeziehungen beschäftigt. Ein weiterer Punkt der Verhandlungen seien die deutsch-russischen Beziehungen gewesen. Mussolini habe ver-sucht, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern auszuräumen, damit die Abrüstungsfrage vorwärts käme. Er habe versucht, Rußland für die deutsch-italienische Forderung der Gleichberechtigung zu gewinnen, um dadurch eine italienisch-russisch-deutsche Front zu bilden.

Ein italienischer Plan zur Umgestaltung des Völkerbun-des. Im „Journal de Geneve“ werden Richtlinien eines Planes veröffentlicht, der angeblich von der italienischen Regierung für die grundlegende Umgestaltung des Völker-bundes ausgearbeitet wurde. Die italienische Regierung soll die Absicht haben, den Grundfah des Viermächtepaktes in das System des Völkerbundes einzubauen und einen obersten Rat der vier Großmächte zu schaffen.

Reine klare Entscheidung in Spanien

Aus Madrid wird gemeldet: Von den am Sonntag zu wählenden 95 Abgeordneten stehen bisher 78 hinsichtlich ihrer Parteieinstellung fest. Von ihnen entfallen 25 auf die Rechte, 24 auf die Mitte (19 Radikale und 5 konservative Republi-kaner) und 30 auf die Linke (28 Sozialisten, ein Radikal-sozialist und ein Kommunist). Läßt man die Madrider Er-ggebnisse außer Betracht, dann entfallen die Rechtsparteien noch 18, die Mitte noch 24 und die Linke noch 10 Sitze. In Madrid haben die Marxisten auf Grund des eigenartigen spanischen Wahlgesezes, das der Mehrheit 80 v. H. und der Minderheit nur 20 v. H. zusichert, den Sieg davongetragen und 13 Sitze gegen 4 der Rechten erhalten. Die Marxisten haben aber nur 5000 Stimmen mehr als die Rechtsparteien erhalten.

Nachdem die Führer der Rechtsgruppen erklärt haben, die Stunde einer völligen Macht- und Verantwortungsüber-nahme durch die Rechte sei noch nicht gekommen, bleibt die Lösung nur eine Minderheitsregierung der Mitte unter Lerroux, die von der Rechten moralisch un-terstützt würde. Diese Möglichkeit wird im Einverständnis der Rechten dem Staatspräsidenten vorgeschlagen worden.

Auch nach den Wahlen kommt es in zahlreichen spanischen Städten immer von neuem zu politischen Zusammenstößen. Die Presse fordert eine möglichst schnelle Neubildung der Regierung.

Stefan George †



Der berühmte deutsche Dichter und Scher des neuen Deutschland, Stefan George, der in 70 im Alter von 65 Jahren unerwartet verstarb. Stefan George war Träger des Goethepreises der Stadt Frankfurt am Main.

Kleine politische Nachrichten

Arbeitsstagnation der Sozialreferenten und Gebietsärzte der Hitlerjugend. Etwa 300 Sozialreferenten und Gebietsärzte der HJ. verammelten sich zu einer Arbeitsstagnation in Berlin. Reichsjugendführer Baldur von Schirach erklärte, nach-dem er über die seitherigen Kämpfe gesprochen hatte, daß sich der Schwerpunkt des Kampfes der HJ. jetzt nach innen neige zur Lösung der sozialen Arbeit, wie dies beim BSW. ja sichtbar geworden sei.

Schaffung einer deutschen Erziehergemeinschaft. Der Reichsverband der Deutschen Hochschulen, der Bayerische Lehrerverein, der Deutsche Philologerverband, der Reichs-verband hauptamtlicher Lehrkräfte an den Berufs- und Fachschulen, der Reichsverband deutscher Diplomhandels-lehrer, der Reichsverband freier (privater) Unterrichts- und Erziehungsanstalten haben sich freiwillig zur Deutschen Er-ziehergemeinschaft als der umfassenden Reichsorganisation der Deutschen Erzieherverbände zusammengeschlossen.

Umwandlungen von deutschen Dollaranleihen in Reichs-marktanleihen. In den letzten Wochen haben Besprechungen mit der Goldbank stattgefunden über die Umwand-lung von Dollaranleihen in Reichsmarkobligationen. Die in Frage kommenden Unternehmen beabsichtigen, die Umwandlung nach einheitlichen Grundsätzen den inländi-schen Besitzern der Dollaranleihen anzubieten. Für jeden Dollar (Nennwert) der umzutauschenden Dollarbonds sind 2,80 RM Nennwert der neuen Reichsmarkobligationen in Aussicht genommen.

Inkrafttreten des neuen Wechsel- und Scheckrechts am 1. April 1934. Der Reichsjustizminister hat das Inkrafttreten des Wechselgesetzes und des Scheckgesetzes auf den 1. April 1934 verlegt. Ursprünglich sollten beide Gesetze bereits am 1. Januar 1934 in Kraft treten. Diese Frist hat sich aber für die mannigfachen, bis zum Inkrafttreten der Gesetze noch zu treffenden Vorbereitungen als zu kurz erwiesen.

Verstaatlichung der Energiewirtschaft

Staatssekretär Feder schreibt im „Deutschen Volkswirt“ u. a.: Neben Eisenbahn und Post wächst auch das jüngste Kind der Technik, die Energiewirtschaft, zusehends aus der privatwirtschaftlichen Sphäre in die öffentliche Bewirtschaftung hinein. Diese großen Entwicklungslinien auf dem Ge-biet der Energiewirtschaft zu erkennen, wird richtunggebend sein für den Ausbau und die Weiterentwicklung dieses so gewaltigen Wirtschaftsbereiches. Schon jetzt sind die großen Elektrizitätsversorgungsbetriebe zum wesentlichen Teil in Reichs- oder Länderbesitz. Gewaltig ist bereits das Strom-versorgungsnetz über ganz Deutschland ausgebreitet. Die einheitlich festzumessende Energiegröße der Kilowattstunde fordert gebieterisch eine einheitliche Tarifgestal-tung. Der Ausgleich der Interessen der Stromerzeuger und -verbraucher, das klare Abwägen aller preisbindenden Faktoren gegeneinander weist gebieterisch darauf hin, daß die ordnende Hand des Reichs bei der Neuordnung der deut-schen Energiewirtschaft nicht entbehrt werden kann.

Der Triebwagen in Front

Die Entwicklung der Reichsbahn-Technik

In einem Vortrag in München führte der Generaldirek-tor der Reichsbahngesellschaft Dr. Dormüller u. a. aus: Während man nach jahrelanger Erfahrung früher glaubte, mit langen Zügen und einer Reisegeschwindigkeit von 70-80 Kilometer bei einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Kilometer auszukommen und danach die Bremsysteme und Signalfertigungen einrichtete, hätten nun der einge-schrumpfte Personenverkehr und die großen Erfolge von Auto und Flugzeug veranlaßt, an Stelle der großen kleinere Züge, diese aber dafür öfter und schneller einzusetzen, ja, ganze Züge aus dem Verkehr zu nehmen, und sie durch Schnelltriebwagen zu ersetzen. Bisher schien es ferner, als ob die Elektrifizierung von Strecken die größten Vorteile für die Reichsbahn in sich schließe. Aber schon nahe mit dem schweren Triebwagen auch der Elektrifizierung ein Wett-bewerber, der die Vorteile der Elektrifizierung in sich schließt, nämlich die rauchfreie, laubere Fahrt und eine Ge-schwindigkeit, die den elektrisch betriebenen Fahrzeugen gleichkomme.

Aus Stadt und Land

Calw, den 5. Dezember 1933.

Für die Winterhilfe

Sind bei den am letzten Sonntag durchgeführten Hausausstellungen für Eintopfgericht und WBS in der Stadt Calw 1076 R.M. gespendet worden. Für das Eintopfgericht gingen 596 R.M. für das Winterhilfswerk 480 R.M. ein. — Die Gemaz-Harmoniker haben als Reinertrag ihres Konzertes 12 R.M. an das WBS abgeführt.

Amtseinführung

Bürgermeister Gustav Frey ist gestern nachmittag als Ortsvorsteher der Gesamtgemeinde Bergorte von Landrats Nagel in feierlicher Weise vereidigt und in sein Amt eingesetzt worden. Dem Akt der Vereidigung wohnte auch Kreisleiter Wurster-Calw an, welcher selbst das Wort zu einer Ansprache nahm; es sprachen ferner die Vertreter von Kirche und Schule der Gemeinde.

Ein Erfolg der Arbeitsloskampfe im Arbeitsamtsbezirk

Die neueste Zählung der Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Nagold am 31. November hat einen Erfolg gezeigt, wie er nicht erwartet wurde. Die erwartete winterliche Arbeitslosigkeit hat trotz des Einsetzens des Schneefalles nicht nur das befürchtete Ausmaß nicht angenommen, sondern ist sogar im Vergleich zum 15. November 1933, also innerhalb 14 Tagen, weiter zurückgegangen. Es wurden am 30. November 1933 im gesamten Arbeitsamtsbezirk 254 Arbeitslose gezählt; am 15. Nov. 1933 waren es 2943. Am 30. Nov. 1932, also im Vorjahr, 3970. Die Arbeitslosigkeit liegt also am Stichtag rund 28 Prozent niedriger als im Vorjahr, trotzdem der Winter eingetreten ist. Die winterliche Arbeitsbeschaffung, auf die bereits in dem letzten vom Arbeitsamt veröffentlichten Bericht hingewiesen wurde, beginnt sich auszuwirken. Bisher liefen im Bezirk 15 Notstandsmaßnahmen, jetzt aber schon 21. Bei halbwegs günstiger Witterung wird sich diese Zahl noch wesentlich erhöhen. Es steht zu hoffen, daß bei weiterem planmäßigem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, bei dem selbstverständlich auch die private Wirtschaft mithelfen muß, die Arbeitslosenziffer sich nicht mehr wesentlich erhöht oder gar noch weiter gesenkt wird. Kleinere Rückschläge sind vielleicht noch zu erwarten, aber die im ganzen Reich beobachtete große Linie der Abnahme der Arbeitslosigkeit und des Erfolges in dem besonderen Kampf gegen die winterliche Arbeitslosigkeit hat sich nunmehr auch im Arbeitsamtsbezirk Nagold in überraschender Weise offenbart.

Vererbungslehre und Erbgesundheitspflege

Ueber dieses Thema sprach am Samstagabend Oberlehrer Bader, Hirsau, im Speisesaal des Kurhotels Kloster Hirsau. Es war dies der erste einer Reihe von Vorträgen im Calwer Bezirk, die die NS-Volkswohlfahrt veranstaltet. Der gute Besuch des Vortrags zeugte von dem großen Interesse, das die Einwohnerschaft Hirsaus diesen überaus wichtigen Fragen entgegenbringt. Bürgermeister Maulbetz begrüßte die Anwesenden im Namen der Volkswohlfahrt und erteilte dem Referenten des Abends das Wort. Oberlehrer Bader sprach einleitend über die Tatsache der Vererbung selbst. Er erläuterte die Mendelschen Regeln, die die eigentlichen Grundlagen der Vererbungslehre darstellen. Weiter demonstrierte er den Unterschied zwischen Körper- und Keimzellen und zeigte, daß die Keimzellen stets auf die Nachkommen übergehen, während die Körperzellen, die sich von den Keimzellen abspalten, nur eine beschränkte Lebensdauer haben. Dieser Erklärung des sog. Gesetzes der Keimbahn folgte eine eingehende Erläuterung der Zellteilung, auf der letzten Endes alles Leben und alles Wachstum beruht. Hierauf kam der Vortragende auf den Bau der Zelle zu sprechen und erklärte dabei den Vorgang der Befruchtung. Nachdem er so die Tatsache der Vererbung bewiesen hatte, sprach er über den Einfluß der Umwelt auf Pflanze, Tier und Menschen unter Bezugnahme auf Tier- und Pflanzenvererbungen. Allerdings ist sich die Wissenschaft noch nicht darüber einig, ob das Ererbte stärker ist, oder der äußere Einfluß der Umwelt. Ebenso streiten sich die Gelehrten darüber, ob sich erworbene Eigenschaften vererben, was aber im allgemeinen zu verneinen sein wird. Im nun folgenden Hauptteil des Vortrags zeigte Oberlehrer Bader, daß der Mensch denselben Naturgesetzen unterworfen ist wie die Pflanzen- und Tierwelt. Der Mensch sei das Ergebnis einer Entwicklung von 15 Millionen Jahren. Eine weitere Klärung über die Frage: was ist maßgebend, Vererbung oder Umwelteinfluß? ergibt sich aus der sog. Zwillingforschung. Das oft haarfährig gleiche Lebensbild von „eineigen“ Zwillingen läßt keinen Zweifel darüber zu, daß es die Vererbung ist, die das Wesen eines Menschen beeinflusst. Jeder Mensch trägt die Urkräfte seiner Handlungen in seiner Erbmasse mit sich. Allerdings kann der freie Wille, den der Schöpfer jedem Menschen gegeben hat, einer schlechten Anlage entgegenwirken, so daß diese vollständig unterdrückt werden kann, jedoch ist wahrscheinlich, daß diese Erbanlage sich trotzdem wieder bei den Nachkommen zeigen wird. Anschließend zeigte der Redner an Hand von Beispielen, was sich alles vererben kann, gute und schlechte Anlagen, Krankheiten und sogar auch ein hohes oder kurzes Lebensalter. Schließlich kam Oberlehrer Bader noch auf das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zu sprechen und wies mit Hilfe von Tabellen nach, wie sich zum Beispiel der Alkoholismus bei den Nachkommen einer Trinkerin vererben kann. Ist es daher nicht ein Verbrechen an unserem Volk, wenn man den erbkranken Nachwuchs sich ungehindert fortpflanzen läßt, zumal sich dieser viel stärker vermehrt als der erbgelunde? Deshalb hat die jetzige nationale Regierung dieses für unser Volk so überaus wichtige Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses erlassen, durch das Erbkranken im Interesse der Volksgesundheit gezwungen werden,

auf Nachkommen zu verzichten; sonst würde der erbkranke Nachwuchs den gesunden Nachwuchs in nicht allzulanger Zeit überwuchern und wäre gleichbedeutend mit dem kulturellen Untergang unseres Volkes. Auch die finanzielle Seite der Sache ist nicht zu verkennen, befinden sich doch zurzeit rd. 1/4 Million Erbkranker in Anstalten, wo sie auf Kosten der Allgemeinheit versorgt werden müssen. Schließlich sprach Oberlehrer Bader noch über die Notwendigkeit einer anderen Bevölkerungspolitik. Deutschland ist ein sterbendes Volk, wenn es wie bisher weitergeht. Im Jahre 2000 hätten wir nur noch 47 Millionen Einwohner in Deutschland und wären in Gefahr, von den östlichen Rassen, die sich stärker vermehren als wir, überwuchert zu werden. Was läßt sich nun Positives tun. Es muß größter Wert gelegt werden auf die Belehrung und Aufklärung sämtlicher Volksgenossen. Dies wird die Aufgabe der künftig in jeder Gemeinde des Reiches aufgestellten Obmänner der Volkswohlfahrt sein. „Das Volk, das zuerst ein Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses in die Tat umsetzt,“ mit diesen Worten schloß der Redner, „wird das beherrschende sein“. Bürgermeister Maulbetz dankte Oberlehrer Bader für seinen lehrreichen und tiefgründigen Vortrag und verband mit dem Dank die Bitte an den Redner sich noch für weitere Vorträge in dieser wichtigen Sache zur Verfügung zu stellen. Nur wenn alle Volksgenossen mithelfen, wird auch hier ein Erfolg zu erzielen sein.

Der Kampf der Glaubensbewegung Deutsche Christen

Im Sprechabend der Ortsgruppe der NSDAP Bad Liebenzell sprach der Kreisleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Stadtpfarrer Schilling, über die kirchliche Lage und den Kampf der Glaubensbewegung. Seine Ausführungen gaben den Zuhörern, die durch die widersprechenden Zeitungsmitteilungen der letzten Wochen jeden Ueberblick verloren hatten, wieder ein klares Bild und einen festen Grund. Während auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet der Führer sich in diesem Jahre eine absolut geschlossene Einheit geschaffen habe, sei auf kirchlichem Gebiet der Führergedanke noch nicht durchgedrungen. Die erste Verwirrung sei durch die Wahl v. Bodenschnings zum Reichsbischof in die Kirche getragen worden. Sein Rücktritt sei zwangsläufig gewesen, da er im neuen Deutschland nicht den nötigen Rückhalt gefunden habe. Bei den Kirchenwahlen im Juli seien die Ziele der Glaubensbewegung noch nicht genügend bekannt gewesen, weshalb in den meisten Kirchengemeinderäten die alten Verhältnisse geblieben seien. In den landeskirchlichen Parlamenten seien wohl Mehrheiten für die Deutschen Christen vorhanden, allein zwischen den Führern verschiedener, insbesondere süddeutscher Landeskirchen und dem Reichsbischof Müller bestehe heute noch keine Einheit. Im Gegenteil, erst in den letzten Tagen hätten die süddeutschen Bischöfe vom Reichsbischof verlangt, daß er seine Schirmherrschaft über die Glaubensbewegung Deutsche Christen niederlege und den Reichsführer dieser Bewegung, Bischof Hossenfelder, entferne. Also eine parlamentarische Handlung in Reinkultur! Reichsbischof Müller stehe heute vor einer Lage, in die Hitler gekommen wäre, wenn er schon im Jahre 1931 oder 1932, zu welcher Zeit er noch keine Mehrheit im Volk hinter sich gehabt hat, das Reichskanzleramt übernommen hätte. Wie ist nun die Lage in der Kirche? Drei Gruppen ringen um die Führung, und zwar die Gruppe der alten kirchlichen Kreise. Diese sagen, eine kirchliche Gleichschaltung sei unnötig, da die Kirche jetzt wie immer ihren Dienst am Volke tue. Ihr scharf gegenüber steht die Gruppe der völkischen Bewegung. Diese lehnt das Christentum als art- und wesensfremd ab. Wie wohl noch in sich selbst in verschiedenen Auffassungen gespalten, sei doch nicht zu verkennen, daß viele im deutschen Volk sich diesen Gedankenengängen zuwenden. Zwischen diesen beiden Gruppen steht die Glaubensbewegung Deutsche Christen. Wie der Nationalsozialismus den Sozialismus des Marxismus und den Nationalismus vereinigt habe, so wolle die Glaubensbewegung Christentum und deutsches Volkstum vereinen und in der Kirche deutsches, artgemäßes Christentum predigen. Unantastbare Grundlage seien die Bibel und das Evangelium von Christus. Glaubensinhalte, wie Luther und Paul Gerhardt, diese echten deutschen Männer, dienen hierbei als Vorbilder. Den Vorwürfen der Völkischen, das Christentum sei aus dem Judentum entstanden, sei entgegenzuhalten, daß gerade das Gegenteil der Fall sei. Nach jahrhundertlangem Kampf der Propheten gegen den jüdischen Geist sei Christus gekommen. Er sei mit seiner Lehre von den Juden restlos abgelehnt worden. Wäre er einer ihres Geistes gewesen, so hätten sie ihn nicht ans Kreuz geschlagen. Den altkirchlichen Kreisen, die die Kirche möglichst unberührt vom weltanschaulichen Ringen des Nationalsozialismus sehen möchten, sage die Glaubensbewegung, daß Volk und Kirche so eng verbunden seien, daß es unmöglich ist, das große Geschehen der Volkwerdung zu übersehen. Das Evangelium sei eine Volkstafel Gottes an alle Völker, aber jedes Volk sei vom Schöpfer mit anderen Gaben ausgestattet worden und nehme demgemäß auch das Evangelium nach seiner Art auf. Deutsches Volkstum und ein reines Evangelium sei die Lösung der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Für dieses Ideal kämpfe sie ihren schweren Kampf und sie werde, nachdem ihr erstes Ziel, die Schaffung einer Reichskirche, gelungen sei, auch den Kampf um das zweite Ziel, nämlich ein im Evangelium geeinigtes Kirchengewalt zu schaffen, bis zum siegreichen Ende durchführen.

Reichsverfassung und Bund zum Schutz der kinderreichen Familien

Solchen Schutz verspricht schon die Reichsverfassung. In Art. 119 heißt es: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge“; und in Art. 155: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern“. Wir kennen wohl die in der heutigen Wirtschaftslage begründeten großen Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieser Artikel der Reichsverfassung im Wege



Hitler-Jugend, Unterbann 126/II

Die Inspektion findet im Laufe des Donnerstag durch Gebietsführer Wacha statt. Gefolgschaft 1 sowie Altburg und Stammheim treten punkt 8 Uhr abends in der Calwer Turnhalle an. Der übrige Unterbann hat in den Scharen von 8-9.30 Uhr Dienst. Es ist mir sofort Mitteilung zu machen, wo diese anzutreffen sind. Weitzbrecht.

stehen. Aber wir verwahren uns mit aller Energie dagegen, daß man sie einfach beiseite schiebt. Es ist hier nicht der Ort, die „Notverordnungen“ im einzelnen nach ihrer politischen und sozialpolitischen Seite darzustellen und zu beurteilen. Aber dagegen wehren wir uns, daß hier die „ausgleichende Fürsorge“ für die kinderreichen schlechterdings nicht zu finden ist, und daß infolgedessen die vorher schon schwerbelasteten kinderreichen Familien durch die sozialpolitische „Kürzung“ und durch indirekte Steuern (Neueinführung der Salzsteuer!, Verschärfung der Umsatzsteuer!, ganz besonders aber die durch Notverordnung den Gemeinden aufgebürdete Bürgersteuer!) von neuem in größerem Maße als kinderarme und kinderlose Familien belastet werden. Das ist das gerade Gegenteil von Art. 119 der Reichsverfassung. Das müßte nicht sein — auch wenn man die finanzielle Gesamtlage noch so sehr berücksichtigt. Mehr als je ist „ausgleichende Fürsorge“ für die kinderreichen Familien nötig, um der Gesundheit des nachwachsenden Geschlechtes willen. Und dies ist doch wahrlich ein durch und durch nationales Anliegen! Es ist ein geradezu unbegreifliches Mißverständnis der Verfassungsbestimmung des Art. 119, wenn maßgebende Personen und Behörden sie so auslegen, als würden hier nur ganz außergewöhnlich bedürftige Familien der Armenfürsorge ans Herz gelegt. Dazu braucht man keine Verfassungsbestimmung. Vielmehr gilt die „ausgleichende Fürsorge“ den kinderreichen Familien als solchen, weil sie wirtschaftlich und steuerlich vorbelastet sind. Darauf hat die Verfassung, auch eine „Notverordnung“, Rücksicht zu nehmen. Ortsgr.-Leiter für Calw u. Umg.: Mittelschullehrer B. d.

Gewohnheitsstrinker ins Konzentrationslager

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters von Regensburg hat sich der Stadtrat damit einverstanden erklärt, daß von den 88 Gewohnheitsstrinkern, die unter der Einwohnerchaft festgesetzt werden, zunächst 5 in das Konzentrationslager Dachau gebracht werden. Die Strafe soll abschreckend wirken. Bemerkenswert ist auch der weitere Beschluß des Stadtrats, wonach die Wirte, die Betrunkene nur um des Geschäftes willen weiter Alkohol ausshenken, durch Konzeptionsentzug bestraft werden.

Die Winterfütterung der Vögel

Die bei uns überwinterten Vögel sind weniger durch die Kälte als durch Mangel an Nahrung bedroht. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, wenn ihnen in Stadt und Dorf in den Wintermonaten zweckmäßiges Futter gereicht wird. Das ist hauptsächlich notwendig bei Schneefall, Raufrost und Glatteis, wenn andere Nahrungsquellen zugefroren sind. Zu warnen ist vor dem Streuen von Brotkrumen und Kartoffelresten, weil dieses Futter in Frostzeiten den meisten Vögeln schadet. Das beste Futter sind fettreiche Samen: Hanfsamen und Sonnenblumenkerne, Weizen- und Erbsen, dann Mohn und auch Ameiseneier, getrocknete Holunderbeeren. Für Goldammer, Finken, Amseln u. a. eignen sich auch Abfälle von Tisch und Küche, soweit sie nicht gemürrt sind. In der Nähe des Futterplatzes sollte in einem flachen Gefäß Wasser bereitgestellt werden. Endlich wird darauf hingewiesen, daß die beste Zeit für das Anbringen von Nistgelegenheiten die Monate November und Dezember sind.

Wetter für Donnerstag und Freitag

Der Hochdruck, der bisher die Wetterlage beherrschte, hat sich etwas abgeschwächt. Für Donnerstag und Freitag ist aber immer noch zeitweise heiteres, trockenes und ziemlich frostiges Wetter zu erwarten.

Nagold, 5. Dez. Am Sonntag wurde im Löwenaal die Fahne des SS-Sturmbannes IV/13 durch Obersturmführer Gauß geweiht. Zu diesem Sturmbann gehört auch die Hirsauer SS.

Horsheim, 5. Dez. Ein 89 Jahre alter ehemaliger kommunistischer Stadtrat von hier sowie ein 28 Jahre alter früherer Funktionär der KPD. aus Nagold wurden, wie die Polizei meldet, in Schutzhaft genommen. Beide befaßten sich neuerdings wieder mit kommunistischer Heße, mit Wählerereien und Verbreitung unwahrer Nachrichten.

Wiltbad, 5. Dez. Der weibliche Arbeitsdienst hat mit der Einrichtung seines Heims im bisherigen Hotel „Metropol“ begonnen, damit erhält Wiltbad ein weibliches Arbeitsdienstlager.

Conweiler, 5. Dez. Hier ereignete sich beim Schlittenfahren ein bedauerlicher Unfall. Als sich die Kinder auf der Mittelgasse mit harmlosem Rodeln vergnügten, stürzte der 12jährige Paak so unglücklich, daß ihm der rechte Unterschenkel gebrochen wurde.

Stuttgart, 5. Dez. In letzter Zeit wurden in den größeren und mittleren Städten des Landes sogenannte „Spielhallen“ in großer Zahl errichtet. Es handelt sich meist um leerstehende Geschäftsräume, in denen Hochbillards und Münzspielautomaten verschiedenster Aufmachung aufgestellt sind, und die jedermann zugänglich sind. Die Politische Polizei hat nunmehr diese Einrichtungen geschlossen und deren künftige Errichtung untersagt.

Münzingen, 5. Dez. Seit Sonntag sind Schneeschauferabteilungen an der Arbeit, die Straßen wieder dem Verkehr freizumachen. Es war sogar der Post nicht möglich, mit den Postomnibussen durchzukommen. Heute noch ist die Linie nach Laichingen dem Postverkehr nicht geöffnet. Am Stadt- ausgang nach Ailingen liegen links und rechts des Weges beinahe zwei Meter hohe Schneemauern.

Deutscher Junge und deutsches Mädel
euer Platz ist in der Hitler-Jugend!

Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttg., 5. Dez. Während der Aktienmarkt infolge von Realisationen schwächere Haltung aufwies, erwies sich der Rentenmarkt als recht widerstandsfähig. Goldpfandbriefe gingen in die Höhe. Das Geschäft hielt sich jedoch durchweg in engen Grenzen.

Kopfen

Aus G. K. Stein, O. Herrenberg, wird berichtet: Nach langer Pause hat sich der Kopfenhandel wieder etwas belebt; ein auswärtiger Händler kaufte 18 Ballen zu 200 R.M.

Stuttgarter Schlachtvieh- und Fleischmarkt

Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 47 (unverkauft 10) Ochsen, 52 (15) Bullen, 290 (30) Jungbullen, 320 (19) Kühe, 498 (88) Färsen, 2 Fresser, 1256 (30) Kälber, 2072 (40) Schweine, 3 Schafe.

Preise am Fleischmarkt für 1 Pfund Frischfleisch: Farrenfleisch 38-44 (unv.), Rindfleisch, Rindviertel fett 50 bis 54 (unv.), mittel 43-47 (unv.), gering 38-42 (unv.),

Kuhfleisch 24-35 (unv.), Kälber mit Innereien 50-60 (50 bis 58), Schweine 68-78 (67-73), Hammel 54-58 (unv.) R.M.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	5. 12. Pfg.	30. 11. Pfg.		5. 12. Pfg.	30. 11. Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet . . .	27-29	—	fleischig . . .	10-14	—
vollfleischig . . .	25-27	—	geringgenähete . . .	7-10	—
fleischig . . .	23-24	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saughälber . . .	31-34	31-34
ausgemästet . . .	26-27	—	mittl. Mast- und gute Saughälber . . .	26-29	25-29
vollfleischig . . .	25-26	—	geringe Kälber . . .	23-25	23-25
fleischig . . .	23-25	—	Schweine:		
Jungbullen:			über 300 Pfd. . .	51	—
ausgemästet . . .	29-31	—	240-300 Pfd. . .	49-50	49-50
vollfleischig . . .	25-28	—	200-240 Pfd. . .	48-49	47-48
fleischig . . .	23-24	—	160-200 Pfd. . .	46-47	45-46
geringgenähete . . .	—	—	120-160 Pfd. . .	44-45	—
Kühe:			unter 120 Pfd. . .	—	—
ausgemästet . . .	21-24	—	Sauen . . .	36-44	—
vollfleischig . . .	15-18	—			

Marktverlauf: Großvieh ruhig, erheblicher Ueberstand; Kälber ruhig; Schweine mäßig.

Landesproduktbörse

Stuttg., 5. Dez. Die lebhafteste Nachfrage nach Weizen hat wieder aufgehört, da das Mehlgeschäft wieder ruhig geworden ist. Die Preise für Brotgetreide blieben jedoch unverändert. Am Futtermittelmarkt hält die feste Stimmung an. Es notierten je 100 Kg.: württ. Weizen, Durchschnittsqualität 19 (18,90), Großhandelspreis 19,30 (18,90 bis 19,30); Roggen, Durchschnittsqualität 15,80 (15,60), Großhandelspreis 16,50-17 (unv.); Braugerste 17-18,75 (unv.); Futtergerste 16-16,50 (unv.); Hafer 13-14 (13-13,50); Wiesenheu 5-5,50 (unv.); Kleeheu 6,50-8 (6,50-7,50); drahtgepresstes Stroh 1,60-2 (1,50-2); Weizenmehl 30,75-31,25 (30,65 bis 31,15); Brotmehl 24,75-25,25 (25,05-25,15); Kleie 10 bis 10,50 (9,75-10,50) R.M.

Die deutschen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Vorkriegs- und Großhandelspreisen gemessen werden, da nur jene noch die im vorliegenden Verzeichnis in Zukunft kommen. Die Schwankungen sind zu berücksichtigen.

Denkt an die hungernden Vögel!

Bei Bauchweh, Rheuma, kalten Füßen, hilft schnell und gründlich das Heizkissen!

Unverbindliche Beratung durch die Elektro-Installateure und den G.E.T.

Motorsport-Club Calw
(Ortsgruppe des D. D. A. C.)
Donnerstag abend 8 Uhr
Monatsversammlung im Clublokal „Sonne“ Pf.

Der **Bezirksgeflügelzuchtverein Calw** veranstaltet
am Sonntag, den 10. Dezember
von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr
in der städt. Turnhalle in Calw
eine **Gau-Ausstellung**

Hierzu werden Freunde und Gönner von Calw und Umgebung herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Evang. Buchhandlung Carl Spambalg Calw
Fernsprecher 489
empfeht Gesang-, Andachts- und Predigtbücher, Bibeln, Kalender und Lofungsbüchlein

Reiche Auswahl in der gesamten guten Literatur
Jugendbücher und -Schriften, Bilderbücher
Spiele, Krippen und Transparente
Wandsprüche, Bilder gerahmt und ungerahmt
Photo- und Schreibalben, Schreibmappen
Briefspapier, Füllfederhalter
Musikinstrumente und Zubehörteile.

Schneefestverein Calw
Donnerstag ab 8 Uhr
Zusammenkunft im Schützenhaus.

Zwangsvorverkauf.
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert,
Donnerstag, 7. 12., 9 Uhr in Javelstein: 1 Nähmaschine Grignier, 1 Hobelmaschine, 1 Hobelbank, 1 Schrank, ferner um 10 Uhr in Oberhausen: 1 Kreisjäger mit Gestell und Riemen, 1 Nagelrahmen mit Gestell. Zusammenkunft je beim Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle.

Voranzeige!
Am 12. Dezember spricht in Calw einer der ältesten Kämpfer in der Reformbewegung **Herr Hans Gregor** über das Thema: **„Erschäden im Lichte der neuen Ernährungsforschung“**
Niemand sollte sich die einmalige Gelegenheit, diesen Mann zu hören, entgehen lassen.
I. A. Ernst Pfeiffer, Calw

Jede Woche 1 X

Fische
Heute eintreffend:
Frischer **Rabliau** im ganzen Fisch 22 Pfg.
Rabliau-Filet ohne Bauchlappen 40 Pfg.
Schellfische grüne Heringe 20 Pfg.

Frische Bücklinge Sprossen
Blutpressack 65 Pfg.
Mettmurr 1/2 Pfd. 32 Pfg.
Raff. Rippenpeck 1/2 Pfd. 27 Pfg.

Unsere Qualitäts-Backartikel
in frisch, diesjähriger Mähe

Blockschokolade
7-teiliger 1 Pfd. Block 80 Pfg.

3 1/2 l. Rotwein
offen Liter 75 Pfg.
Wälder Rotwein
3 1/2 l. Weißwein
Deutsch. Wermut
1 ltr. Fl. 80 Pfg.
Flaschenpfand 10 Pfg.

u. Rabattmarken

Pfannkuch

W. Forstamt Liebenzell Oberjessener-Revier.
Beigeholz- u. Reifig-Verkauf.
Am Dienstag, den 12. Dez. 1933 nachmittags 4 Uhr in Ammerseebach im „Eben“ aus Staatswald Unt. und Ob. Reichenbacherhänge Beigeholz Ausschuss: 16 Eichen, 42 Buchen, 103 Nadelh.-Schir., 102 Nadelh.-Präl., ferner 26 Lose Nadelreihg.

Reilich
Diese Woche extra billig
schneeweißes Fischfilet Cabliau und Schellfisch

Ralbin
36 Wochen trächtig, verkauft
Kentschler, Spindlershof Altbürg

Srikot-Neste
zu haben bei **M. Kömpf**
Alte Poststr. Nr. 3, 2 Tr.

Calw, den 6. Dezember 1933.
Todes-Anzeige
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwager und Großvater **Martin Weick** Geschäftsführer im Alter von 74 Jahren sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Michael Weick m. Angehörigen Göttingen
Beerdigung Freitag 2 Uhr vom Trauerhaus aus.

Bad Leinach, den 6. Dezember 1933.
Todes-Anzeige
Allen Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Mutter und Großmutter **Gottlieb Harich** Witwe im Alter von 75 Jahren von ihrem schweren Leiden erlöst wurde und gestern früh 2 Uhr heimgegangen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familien Harich und Großmann
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 2 Uhr statt.

Lützenhardt, den 4. Dezember 1933.
Todes-Anzeige
Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel **Matthäus Kentschler** nach längerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familien Storz und Kentschler.
Beerdigung Donnerstag nachmittags 2 Uhr in Sonnenhardt.

Billige Backartikel
Was dazu gebraucht wird, hole bei **Vinçon**
Mehl 5 Pfd. 1.- 1.10
Springerlemehl 5 Pfd.-Beutel 1.20
Kokosnuß gem., fein u. mittel Pfd. -.32
Mandeln Pfund -.95 1.10 1.25
Haselnußkern Pfund -.85
Haselnüsse in der Schale Pfd. -.45
Orangeatla Pf. -.90
Citronat la Pf. 1.10
Kranzfeigen Kranz -.18
Kunsthonig Pfund -.40
Schokolade 100 g -.20 1/2 Pfd. -.50
Kokosfett, Rosinen, Sultaninen, Zwetschgen, Mischobst, Backpulver Vanillezucker u. alle Gewürze billigst. 5% Rabatt

K. Otto Vinc n

Bilderbücher
von 30 Pfg. an
Ernst Kirchherr

Alle Sorten **Baumkerzen**
Seifen-Geschenkartons
empfiehlt **Ch. Schlatterer**
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Puppen
aller Art repariert
Friseur Odermatt

WINTER-HILFS-WERK



Wir bemühen uns auf das äußerste, dafür zu sorgen, daß wenigstens dem Hunger in der schlimmsten Auswirkung Einhalt geboten wird.

Amst. Vorau!

Spendet für die nationale Arbeit



Ihr gebt Arbeit und Brot!
Annahmestellen für die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit: Finanzamt, Hauptzollamt, Postamt. Ueberweisung an diese Annahmestellen durch: Post, Bank, Sparkasse usw.